



Geschäft	Bericht an den Einwohnerrat vom 21. Februar 2022
Vorstoss	Anfrage Roman Oberli, SVP-Fraktion Tempo 30
Info	<p>1. Warum hat der Gemeinderat wieder einmal ohne vorher Feedback des Einwohnerrates und damit die politische Legitimation einzuholen, dies eigenmächtig beim Kanton beantragt?</p> <p><i>Es handelt sich nicht um ein neues Vorhaben, sondern um eines, das bereits seit 2006 in verschiedenen Planungen verankert ist.</i></p> <p>A. Verkehrsplanung/Geschwindigkeitslimiten liegen in der Kompetenz des Gemeinderats (Gemeindegesezt).</p> <p>B. Bereits im Räumlichen Entwicklungskonzept 2006 (Ortsplanungsrevision) war vorgesehen, die Hauptstrasse siedlungsorientiert zu gestalten und zu betreiben.</p> <p>C. Verkehrsberuhigung in Ortszentren (Raumkonzept Leimental), Infoanlass Oktober 2019</p> <p>2. Das man daraus nur aus den Medien erfahren konnte zeugt von mangelnder Transparenz. Wir möchten deshalb die diesbezügliche Korrespondenz zwischen dem Gemeinderat und dem Kanton vorgelegt bekommen.</p> <p><i>Mangelnde Transparenz wäre es, wenn der Gemeinderat das Gesuch gestellt hätte, ohne den Einwohnerrat und die Öffentlichkeit zu informieren. Der Gemeinderat hat den Einwohnerrat aber jeweils direkt mit der Medienmitteilung aus erster Hand informiert (vor Inangriffnahme des Gutachtens und auf den Zeitpunkt der Gesuchstellung).</i></p> <p>3. Der Gemeinderat wird aufgefordert, sein Gesuch zur Einführung von Tempo 30 beim Kanton zurückzuziehen und dieses Vorhaben dem Einwohnerrat zwecks Ermöglichung einer öffentlichen Diskussion und Legitimation vorzulegen. Tut er dies nicht muss die Frage beantwortet werden, weshalb er eine öffentliche Diskussion respektive die Mitsprachemöglichkeit der Volksvertreter oder des Stimmvolks verweigern will?</p> <p><i>Siehe Antworten zu Frage 1. Das bereits vorliegende Gutachten zur möglichen Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse zeigt klar auf, dass mit einer Temporeduktion die massiven Immissionsgrenzwertüberschreitungen entlang eben dieser Hauptstrasse reduziert werden können. Für eine abschliessende Beurteilung braucht es aber eine Prüfung der Auswirkungen von Tempo 30 auf den ÖV und auf allfälligen Ausweichverkehr auf angrenzende Gemeindestrassen (insbesondere Paradiesstrasse/Neubadrain). Bevor diese Fragen nicht geklärt sind, verläuft eine allfällige Diskussion rein ideologisch und nicht auf Fakten basierend. Diese Fakten will der Gemeinderat erheben lassen. Abgesehen davon dient die Temporeduktion der Verminderung des Lärms.</i></p> <p><i>Die Bevölkerungsbefragung 2018 hat denn auch ergeben, dass ein Grossteil der Bevölkerung die Verkehrs- und Lärmbelastung als sehr kritisch beurteilt, und dies speziell im Bereich Dorf/Hauptstrasse. Der Gemeinderat nimmt die Anliegen der Bevölkerung sehr ernst und prüft Möglichkeiten, dem Missstand zu begegnen. Die Hauptstrasse ist allerdings eine Kantonsstrasse, für die der Kanton zuständig ist, deshalb wird er am Ende entscheiden.</i></p> <p>4. Wie möchte der Gemeinderat in Zukunft mit Themen, welche von grossem öffentlichem Interesse sind umgehen?</p> <p><i>Der Gemeinderat bezieht Öffentlichkeit, Parlament, Einwohnerinnen und Einwohner, Interessengruppen etc. im Rahmen der grossen Planungen und Projekte weiterhin partizipativ mit ein. Er hat</i></p>

	<p>zudem die erwähnte Bevölkerungsbefragung erstellen lassen, um die Anliegen aus der Bevölkerung aufnehmen zu können.</p> <p>5. Anschlussfrage 4: Möchte der Gemeinderat nicht in Zukunft Themen öffentlichen Interessens zuerst in den Einwohnerrat einbringen und dadurch eine öffentliche Diskussion ermöglichen bevor er Sachen beim Kanton beantragt?</p> <p><i>Das ist themen- und kompetenzabhängig. Behördenverbindliche Richt- und Nutzungsplanungen werden nach einer Mitwirkungsphase jeweils dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Ausführungsprojekte werden gemäss finanzieller Kompetenzregelung beschlossen.</i></p>
Antrag	Kenntnisnahme

Gemeinderat Binningen

Gemeindepräsident:
Mike Keller

Verwaltungsleiter:
Christian Häfelfinger